

Az.: _____ <small>(bitte nicht ausfüllen)</small>	Eingangsdatum: _____
<h2 style="margin: 0;">Antrag</h2> <h3 style="margin: 0;">auf Zulassung zur Steuerberaterprüfung 20</h3> <p style="margin: 5px 0;"> <input type="checkbox"/> Erstantrag <input type="checkbox"/> Wiederholungsantrag </p>	

An die

Steuerberaterprüfungsstelle Baden-Württemberg Gemeinsame Stelle der Steuerberaterkammern in Baden-Württemberg gemäß § 37 b StBerG Rotebühlplatz 30 70173 Stuttgart	Die bei Antragstellung fällige Bearbeitungs- gebühr in Höhe von 200 € ist zu entrichten an die: Volksbank Stuttgart eG IBAN: DE22 6009 0100 0327 7430 00 BIC: VOBADDESS V-Zweck : StB-Prüfung, Name, Vorname
zur örtlichen Zuständigkeit vgl. Tz. 3 des Merkblattes	

I. Angaben zur Person

Zutreffendes bitte ankreuzen oder ausfüllen

Name und ggf. Geburtsname	Passbild <small>(nicht älter als 1 Jahr und auf der Rückseite mit Namen versehen)</small> <small>Bitte hier lose anheften</small>	
Vorname(n) - Rufname unterstreichen -		
Wohnungsanschrift - bei mehrfachem Wohnsitz: vorwiegender Aufenthalt Straße und Hausnummer		
PLZ Ort		
Akademische Grade oder staatlich verliehene Graduierungen (freiwillige Angabe); ich beantrage die Aufnahme in die Prüfungsbescheinigung und habe einen Nachweise beigefügt.		
Geburtsdatum	Geburtsort	Staatsangehörigkeit
Im Zeitpunkt der Antragstellung <u>vorwiegend</u> beruflich tätig bei (Name <u>und</u> Anschrift)		
Arbeitgeber		
PLZ / Ort		

als <input type="checkbox"/> z. Zt. nicht berufstätig		
Tagsüber telefonisch zu erreichen		Privat
Beruflich		
Email-Adresse (freiwillige Angabe)		FAX-Nr. (freiwillige Angabe)
Ort der beabsichtigten Niederlassung nach Bestellung als Steuerberater / in (Die Angabe ist nur erforderlich, wenn Sie derzeit im Ausland berufstätig sind oder dort wohnen)		

II. Erklärungen / Anträge

Ich habe bisher keine folgende Anträge auf Anfragen zur
 Erteilung einer verbindlichen Auskunft
 Zulassung zur Steuerberater- / Eignungsprüfung
 Befreiung von der Steuerberaterprüfung gestellt.

am:

bei (Behörde / Kammer):

unter **Aktenzeichen:**

Ich habe die Gebühr für die Bearbeitung des Antrags in Höhe von 200 € am _____ überwiesen.
Bitte unbedingt beachten: Auf dem Überweisungsträger muss im Verwendungszweck immer angegeben sein > **Nachname und Vorname (des Bewerbers !)**

Im Falle der **Erstattung von Gebühren** (§ 164 b Abs. 2 StBerG) bitte ich um Überweisung auf folgendes Konto:

IBAN

DE _ _ | _ _ _ _ | _ _ _ _ | _ _ _ _ | _ _ _ _ | _ _

Kreditinstitut (Name und BIC) _____ | _ _ _ _

Ich bin körperbehindert und beantrage, mir wegen dieser Behinderung die in der Anlage zu diesem Antrag dargestellten und meiner Behinderung entsprechenden Erleichterungen für die Fertigung der Aufsichtsarbeiten zu gewähren. – **Hinweis:** Erleichterungen i.S. des § 18 Abs. 3 DVStB können grundsätzlich nur Personen gewährt werden, die dauerhaft körperbehindert sind. Vorübergehende Krankheiten oder akute Verletzungen sind keine berücksichtigungsfähigen Behinderungen i.S. des § 18 Abs. 3 DVStB. Über Art und Umfang der Erleichterung entscheidet die für die Zulassung zur Prüfung zuständige Stelle nach pflichtgemäßem Ermessen im Einzelfall. Die Art und die prüfungsrelevanten Auswirkungen der Körperbehinderung sind mittels einer **amtsärztlichen** Bescheinigung nachzuweisen, die auf eigene Kosten zu beschaffen ist. Schreiberverlängerungen von mehr als einer Stunde kommen im Regelfall nicht in Betracht.

Nur für Wirtschaftsprüfer/innen und vereidigte Buchprüfer/innen (siehe VIII / 4):

Ich **beantrage** Prüfungsverkürzung.

Angaben zu III. bis VII. entfallen bei Wiederholungsantrag oder ausreichender verbindlicher Auskunft

III. Hochschulausbildung, Fachschulausbildung und Abschlussprüfungen

Zeit	Name der Ausbildungsstätte (Art, Ort)	Regelstudienzeit (Jahre)	Prüfung bestanden am
von bis			
von bis			
von bis			

IV. Ausbildung im kaufmännischen Beruf oder gleichwertige Vorbildung, Bilanzbuchhalterprüfung, Prüfung zum Steuerfachwirt

Zeit	Ausbildungsberuf bzw. andere Vorbildung	Arbeitgeber, Ort	Prüfung bestanden am
von bis			
von bis			
von bis			

V. Praktische Tätigkeiten auf dem Gebiet der von den Bundes- oder Landesfinanzbehörden verwalteten Steuern

Zeit	Art der Beschäftigung / Arbeitgeber, Ort	Arbeitszeit Stunden je Woche	bitte nicht ausfüllen		
			Jahre	Monate	Tage
von					
bis					
von					
bis					
von					
bis					
von					
bis					
von					
bis					
von					
bis					

VI. Wehr-/Zivildienstzeit, gesetzliche Mutterschutzzeit (bitte Bescheinigungen beifügen)

Zeit	Art	bitte nicht ausfüllen		
		Jahre	Monate	Tage
von				
bis				
von				
bis				

VII. Unterbrechungen der praktischen Tätigkeit bis zum Beginn der schriftlichen Prüfung

(z. B. Ganztagslehrgänge, Elternzeit/Erziehungsurlaub, längere Krankheitszeiten)

Zeit	Art der Unterbrechung	bitte nicht ausfüllen		
		Jahre	Monate	Tage
von				
bis				
von				
bis				
von				
bis				

VIII. Dem Antrag sind beizufügen

(erforderliche Beglaubigungen sind von einem Notar oder von einer Behörde vorzunehmen)

1. Ein **Lebenslauf** mit genauen Angaben über die Person und den beruflichen Werdegang.
2. **Beglaubigte** Abschriften / Kopien der **Bescheinigungen / Prüfungszeugnisse / Diplome (Diplomurkunde und Diplomzeugnis) / Befähigungsnachweise** über
 - den Abschluss eines wirtschaftswissenschaftlichen oder rechtswissenschaftlichen Hochschulstudiums oder eines Hochschulstudiums mit wirtschaftswissenschaftlicher Fachrichtung und die jeweilige Regelstudienzeit oder
 - den Abschluss einer im Beitrittsgebiet vor dem 01. Januar 1991 begonnenen Fachschulausbildung mit wirtschaftswissenschaftlicher Fachrichtung oder
 - die erfolgreiche Abschlussprüfung in einem kaufmännischen Ausbildungsberuf oder über eine andere gleichwertige Vorbildung
 - die erfolgreiche Prüfung zum / zur geprüften Bilanzbuchhalter / in oder Steuerfachwirt / in.Diplomurkunden müssen vorgelegt werden, wenn Sie die Aufnahme des akademischen Grades oder einer staatlich verliehenen Graduierung in die Prüfungsbescheinigung beantragen (vgl. Abschnitt I).
3. **Beglaubigte** Abschriften / Kopien der **Bescheinigungen / Zeugnisse** über die nach Abschluss des Studiums bzw. der Ausbildung auf dem Gebiet der von den Bundes- oder Landesfinanzbehörden verwalteten Steuern ausgeübte **praktische Tätigkeit**; die Bescheinigungen / Zeugnisse müssen Angaben enthalten über
 - die Beschäftigungszeit (genauer Beginn und ggf. genaues Ende der Tätigkeit),
 - die Art des Beschäftigungsverhältnisses (z.B. Angestellter, freier Mitarbeiter, Beamter),
 - die Arbeitszeit (in Zahl der Wochenstunden),
 - Art und Umfang der praktischen Tätigkeit auf dem Gebiet der von den Bundes- oder Landesfinanzbehörden verwalteten Steuern,
 - die Zeiten einer Berufsunterbrechung von nicht nur vorübergehender Dauer (längere Beurlaubung z. B. wegen Besuch von Lehrgängen, Elternzeit/Erziehungsurlaub, längere Krankheitszeiten usw.) bzw. Angaben über das Fehlen einer Berufsunterbrechung.
4. **Nur für Wirtschaftsprüfer/innen / und vereidigte Buchprüfer/innen, die Prüfungsverkürzung nach § 37 a Abs. 1 StBerG beantragen:**
Eine **Bescheinigung** der zuständigen Stelle (Wirtschaftsprüferkammer / Wirtschaftsministerium), dass Sie Wirtschaftsprüfer/in oder vereidigte/r Buchprüfer/in sind oder die Prüfung als Wirtschaftsprüfer/in oder vereidigte/r Buchprüfer/in bestanden haben.
5. Ein **Passbild** (bitte auf der Vorderseite anbringen).

Hinweis: Bei erneuter Antragstellung oder ausreichender verbindlicher Auskunft sind nur noch Passbild und aktualisierter Lebenslauf einzureichen; ansonsten kann - unter Angabe des Aktenzeichens - auf bereits vorliegende Unterlagen zu Nummern 2 bis 4 Bezug genommen werden.

IX. Versicherung

Ich versichere, dass ich die Angaben in diesem Antrag und den beiliegenden Anlagen nach bestem Wissen und Gewissen richtig und vollständig gemacht habe.

Mir ist bekannt, dass unrichtige und unvollständige Angaben zu einer Rücknahme der Zulassung führen können. Die Rücknahme der Zulassung zur Prüfung hat die Rücknahme der Prüfungsentscheidung und das Erlöschen der Bestellung als Steuerberater/in zur Folge; die Prüfung gilt in diesem Fall als nicht bestanden.

Hinweis: Die mit dem Antrag angeforderten Daten werden aufgrund der §§ 11, 36, 37 a, 37 b und § 158 StBerG i. V. mit §§ 4 und 5 DVStB erhoben und in einer automatisierten Datei verarbeitet. Von den zuständigen Behörden können die für die Durchführung des Verfahrens erforderlichen Auskünfte eingeholt werden.

Ort, Datum

Unterschrift